

## 1.4. Dezentral, umweltverträglich und beteiligend: Ausbau der Erneuerbaren Energien

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 22.10.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

1 Die Umstellung auf erneuerbare Energien bringt viele Vorteile: Weniger Umweltschäden, eine höhere  
2 regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von  
3 Energielieferungen aus dem Ausland. Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf natürliche und saubere  
4 Energien. Das wollen wir mit dem besten Verhältnis von Kosten und Ertrag umsetzen und plädieren dafür,  
5 dass Energie sparsam verwendet und nah am Verbrauch produziert wird. Insbesondere Wind- und  
6 Solarenergie wollen wir in Brandenburg umweltverträglich, dezentral und beteiligend ausbauen. Dafür  
7 müssen die Netze entsprechend angepasst und die Netzkosten gerechter verteilt werden. Die  
8 Umlagekosten für erneuerbare Energien im Strompreis werden sinken. Wir wollen zudem sicherstellen,  
9 dass die regionale Wertschöpfung aus erneuerbarer Energieerzeugung steigt, damit die  
10 Brandenburger\*innen stärker von der Energiewende profitieren.

11 Energie bestimmt unser Leben auch bei der Versorgung mit Wärme und Mobilität. Die öffentliche Hand  
12 kann im ganzen Land Vorreiter für den Umstieg auf Elektromobilität und die energieeffizientesten Gebäude  
13 sein. Für Landesverwaltung und -behörden konnten wir den Landtag bereits von einem Umstieg auf 100  
14 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien überzeugen und streben nun auch für die Wärme eine  
15 Versorgung aus Erneuerbaren an. Brandenburg besitzt die Ideen, die Investoren und die Technologien, um  
16 bei sparsamem Umgang mit Energie jedem einen hohen Lebensstandard bieten zu können.

#### 17 18 **Erneuerbare Energien ausbauen**

19 Um unser Ziel zu realisieren, benötigen wir in Brandenburg v.a. den entschlossenen weiteren Ausbau der  
20 Windenergie auf zwei Prozent der Landesfläche und eine Verdopplung der bisherigen Fotovoltaikleistung.  
21 Somit könnte der erneuerbare Strom auch für Verkehr und die Beheizung von Gebäuden mittels  
22 Wärmepumpe zur Verfügung stehen. Das Potential der Sonnenenergie wird bei weitem noch nicht  
23 ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine  
24 Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter\*innen ein Anreizprogramm  
25 auflegen. Die bisher kaum genutzte Erdwärme wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker  
26 berücksichtigen. Sie bietet eine emissionsfreie, Tages- und Jahreszeit unabhängige Energiequelle mit wenig  
27 Platzbedarf, die mit unterschiedlichen Temperaturen und Tiefenbereichen eine Vielzahl an  
28 Nutzungsvarianten ermöglicht. Konflikte mit dem Denkmalschutz wollen wir pragmatisch lösen.

29 Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe  
30 und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die  
31 umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen Windenergieanlagen, als auch die Klärung  
32 planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\*innen und Kommunen sein. Aber für  
33 uns ist auch klar: Akzeptanz für Windenergie kann nicht erkaufte werden, sondern benötigt einen  
34 Mindestabstand von 1000 Metern zu bewohnten Gebieten und eine bessere Beteiligung und Teilhabe der  
35 Anwohner\*innen. Wir konnten bereits durchsetzen, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften besser

36 ausgestattet sind. Wir wollen sie weiter darin stärken, einen ausgewogenen Interessensausgleich  
37 herstellen zu können.

38 Der Wunsch, Energie aus erneuerbaren Quellen preiswert erzeugen zu wollen, muss klare Grenzen haben.  
39 Deshalb haben Windenergieanlagen in Naturschutz- Großschutz- und Vogelschutzgebieten nichts zu  
40 suchen. In anderen Schutzgebieten wollen wir sie nur zulassen, wenn es mit den Schutzziele vereinbar ist.  
41 Bei der energetischen Biogasnutzung wollen wir den Ausbau stoppen und den Anbau von Energiepflanzen  
42 generell nachhaltiger gestalten. Wir wollen durch eine mindestens dreijährige Fruchtfolge der  
43 zunehmenden „Vermaisung“ der Landschaft begegnen. Um die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft wieder  
44 zu fördern, wollen wir mittel- bis langfristig den Ausstieg aus der Maisverwertung als Energieträger  
45 einleiten. Nahrungsmittelproduktion und Reststoffverwertung müssen Vorrang vor der Erzeugung und  
46 Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger haben.

47 Mit dem Ausbau der moorschonenden und moorerhaltenden Grünlandbewirtschaftung werden künftig  
48 vermehrt Verwertungsmöglichkeiten für Biomasse aus nassen Mooren erforderlich werden. Wir wollen  
49 Projekte unterstützen, die die Verwendung von Moor-Biomasse zur energetischen Verwertung entwickeln  
50 und erproben. Beim Anbau schnell wachsender Hölzer in Agroforstsystemen und Kurzumtriebsplantagen  
51 muss das Land Regelungen zur „guten fachlichen Praxis“ festlegen. Naturschutz und Energiewende müssen  
52 Hand in Hand gehen. Bei der Abwägung von Standorten ist für uns die Schwere des Eingriffs in Natur und  
53 Artenvielfalt entscheidend. Ein artenreicher Mischwald kann kein geeigneter Standort für  
54 Windenergieanlagen sein. Ein artenarmer Kiefernstangenforst kann allerdings ein besserer Standort sein,  
55 als eine artenreiche offene Landschaft. Dies gilt es stets im Einzelfall abzuwägen.

56 Die Energieerzeugung aus Wasserkraft steht im Land Brandenburg im Widerspruch zu den Vorgaben der  
57 EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wie inzwischen mehrere Studien belegen, ist das Wasserdargebot in den  
58 Brandenburger Flüssen und Bächen nicht rentabel zu nutzen, wenn die Anlagen mit funktionierenden  
59 Fischwanderhilfen für den Auf- und Abstieg der Fische kombiniert werden sollen. Jede neue  
60 Wasserkraftanlage stellt eine Verschlechterung für den Zustand des Gewässers dar. Deshalb soll es über  
61 den Bestand hinaus keine neuen Wasserkraftanlagen im Land Brandenburg geben.

#### 62 **Strom, Wärme und Mobilität vernetzen**

63 Die Erneuerbaren Energien erzeugen immer zuverlässiger und preiswerter Strom. Diese Entwicklung wird  
64 sich fortsetzen. Wir wollen, dass erneuerbare Energie aus Brandenburg einen immer größeren Beitrag zur  
65 Beheizung der Gebäude und zum Antrieb von Fahrzeugen leistet. Es ist bereits möglich, dass die  
66 Brandenburger\*innen ihre Zukunft zu 100 Prozent erneuerbar planen und genießen können. Diese  
67 Entwicklung unterstützen wir Bündnisgrünen, wo es nur geht.

68 Zunächst fordern wir Investitionen in die Flexibilisierung der Nachfrage: So können Verbraucher\*innen  
69 Strom vermehrt zu den Zeiten nutzen, in denen er besonders günstig ist. Mit einem schrittweisen Umstieg  
70 auf Elektromobilität, können neben Zügen und Straßenbahnen auch Busse und Autos mit erneuerbarer  
71 Energie angetrieben werden. Brandenburg muss sich hier noch stärker für die effiziente Erzeugung und  
72 Speicherung von Wärme und E-Gas aus Strom einsetzen, damit die drei Sektoren des Energieverbrauchs  
73 intelligent verknüpft werden können. Dadurch kann sich in Brandenburg der Bedarf an Netzausbau und  
74 Speichern deutlich verringern. Die dennoch notwendigen Investitionen schaffen Arbeitsplätze und  
75 verbessern die Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Infrastruktur. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht  
76 problematisch sind, wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

#### 77 **Chancen der Energiewende für die Regionalwirtschaft nutzen**

78 Bei so viel Veränderung benötigt Brandenburg eine unabhängige Energieagentur, wie es sie bereits in  
79 vielen anderen Bundesländern gibt. Sie muss den Bürger\*innen und Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite  
80 stehen. Die bestehende Energieabteilung in der Wirtschaftsförderung reicht dafür nicht aus. Gemeinden, in  
81 denen Anlagen für Erneuerbare Energie errichtet werden sollen, benötigen mehr Unterstützung vom Land,  
82 damit sie wirkliche Partner der Energiewende werden können. Die Wertschöpfung aus Wind- und  
83 Solaranlagen muss dort verbleiben, wo die Energie erzeugt wird. Wir wollen mit einer frühzeitigeren

84 Beteiligung der Bürger\*innen am Planungsprozess und mehr finanzieller Teilhabe von Stadtwerken,  
85 Kommunen und Bürger\*innen die ländlichen Regionen Brandenburgs deutlich stärker von den  
86 Investitionen und Profiten aus dem Betrieb der Wind- und Solaranlagen profitieren lassen. Projekte zur  
87 Energie in Bürgerhand sind uns wichtig und wollen wir mehr unterstützen.

88 Ebenso wollen wir den Weg für Brandenburger Bürger\*innen und Unternehmen ebnen, die in erneuerbare  
89 Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren und ihren selbst erzeugten Strom ohne viel Bürokratie  
90 selber nutzen wollen. Jede(r) Verbraucher(in) – auch alle Mieter\*innen – sollen ihren selbst erzeugten  
91 Strom ohne bürokratische Auflagen und Abgaben nutzen können. Schließlich entrichten wir ja auch keine  
92 Steuern auf die Äpfel aus dem eigenen Garten. Ebenso kämpfen wir für bundeseinheitliche Netzentgelte,  
93 damit die Kosten für den Netzausbau fair verteilt werden.

#### 94 **Erneuerbare Energien ermöglichen Braunkohleausstieg**

95 Nach fast 20 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz sind die Kosten für die erneuerbare Stromversorgung  
96 unter die Kosten einer fossilen Energieversorgung gesunken. In Brandenburg stehen ca. 6.800 MW  
97 Windenergie, ca. 3.379 MW Photovoltaik und ca. 420 MW Biomasse zur Verfügung. Es ist bereits gelungen,  
98 deutschlandweit über 40 Prozent und in Brandenburg über 80 Prozent des Stromverbrauchs aus  
99 erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Jedoch exportiert Brandenburg über die Hälfte des hier erzeugten  
100 Stroms. Statt Braunkohlestrom zu exportieren, wollen wir den schrittweisen Kohleausstieg entschlossen  
101 fortsetzen, um die hohen Treibhausgasemissionen aus der Braunkohleverstromung deutlich zu reduzieren.  
102 Fracking, eine stark risikobehaftete Bohrmethode, bei der Millionen Liter Wasser mit Chemikalien wie  
103 Bioziden, Säuren und Korrosionsschutzmittel versetzt werden, bei der diese Chemikalien und brennbares  
104 Methan in Brunnenwasser gelangen können, lehnen wir grundsätzlich ab und wollen wir verbieten.